General-Anzeiger

für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg Amtsgericht und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Kemberg M., in Reuden, Rotta, Lubast, Axien, Gommlo und Gaditz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile Pfg. Beilagen: Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., frei Haus 6,25 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 6,75 M. **Anzeigen:** Zeile 40 Pf., Reklamezeile 1 Mk., einschl. Steuer.

Nr. 11. Kemberg, Donnerstag, den 27. Januar 1921. **23. Jahrg.**

Angebot von Kartoffelstärkemehl.

Wir sind in der Lage, Gemeinden und Händlern das Kreises gutes Kartoffelstärkemehl zum Preise von 4,35 Mk. je Pfund zu vermitteln. Es handelt sich, wie ausdrücklich bemerkt sei, nicht etwa um minderwertiges Kartoffelmahlmehl, sondern nach Angabe des Lieferanten um prima Stärkemehl.

Bestellungen sind **binnen einer Woche schriftlich** — unter Angabe der gewünschten Mengen — an die Kreiskartoffelstelle zu richten

Wittenberg, den 20. Januar 1921.

Der Kreisausschuß.

Die Ausgabe der

Zucker- und Milchkarten

erfolgt am **Freitag, den 28. d. Mts.,** vormittags von 8—12 Uhr im Rathause. **Die Markenstachen und Milchkartenabschnitte sind vorzulegen.**

Kemberg, den 25. Januar 1921.

Der Magistrat.

Raupenvertilgung.

Die Besitzer und Nutznießer von Obstbäumen, Obstgärtnereien und Baume und Buschwerk **spätestens bis zum 1. Februar von Raupennestern und Puppen gründlich zu reinigen.**

Das gesammelte Ungeziefer und dessen Brutstätten sind durch Verbrennen zu beseitigen. Unterlassung der Reinigung wird bestraft und auf Kosten der Säumigen von hier veranlaßt.

Kemberg, den 19. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 26. Januar.

* **Einspruch gegen die Gesäumung der oberschlesischen Abstimmung.** Die Abstimmung in Oberschlesien steht nahe bevor. Ueberall sind rege Hände am Werke, die Vorarbeiten für die Abstimmung zu erledigen, und auch in Wittenberg haben sich zahlreiche Personen — Damen und Herren — selbstlos in den Dienst dieser für unser gesamtes Vaterland so hochwichtigen Sache gestellt. Der Erfolg der Arbeit wird jedoch in Frage gestellt durch das Verhalten unserer Gegner und der von ihnen unterstützten Polen. Deshalb erheben die Oberschlesier und mit ihnen wir alle in Stadt und Kreis Wittenberg und alle Deutschen flammenden Einspruch gegen das von unseren Feinden aufgestellte Abstimmungsreglement mit der gestillt getrauten Abstimmung, gegen die Anordnung, daß sie nach dem 1. Januar 1904 Zugezogenen das Recht der Abstimmung vorenthalten werden soll, ebenso gegen die in Artikel 10 angelegte Einspruchsfrist, die viel zu kurz erscheint und in ihrer Wirkung geeignet ist, die Rechte der Abstimmungsberechtigten zu beeinträchtigen. Was wir verlangen, ist eine einheitliche, gleichzeitige und durch feierlich Akustein beeinträchtigte Abstimmung aller Oberschlesier, und das ist unser gutes Recht, das uns in dem Versailler Frieden ausdrücklich garantiert worden ist. Darauf müssen wir mit allem Nachdruck beharren.

§ Der diesige Jugend-Verein wird am Sonntag einen Familienabend in der Weintraube veranstalten. Das abwechslungsreiche Programm desselben, das u. a. ernste und heitere Stücke aufweist, wird als Hauptstück „Jung Heidbrecht" enthalten. Es ist dies ein ernstes Volksstück in 3 Aufzügen nach der ältesten Dorfgeschichte aus dem 13. Jahrhundert. Die jungen Spieler, die mit den Rollen betraut sind, werden bemüht sein, ihre Aufgabe voll und ganz zum Vortrag zu bringen. Allen Theaterfreunden wird hiermit ein genußreicher Abend geboten und sollte daher niemand den Besuch desselben versehlen.

§ Die letzte Galavorstellung des Zirkus Wolfsohn. Ein Sensationsdrama in sechs Akten ungen. Dieses Stück haben wir am Sonntag in den Schü-U zu sehen bekommen. Wer nicht allzu langer Zeit erlebte er seine Erstaufführung und oft sand man in den Ankündigungen der Lichtspieltheater diesen als Hauptprogramm. Er hat seine Anziehungskraft bewiesen und alle Besucher den Leistungs-ersichten nach zufriedengestellt. Es ist erfreulich, daß uns auch die großen Werke der Filmkunst hier vermittelt werden. Um allen Kinofreunden Gelegenheit zu geben, diesen Film zu sehen und eine Ueberfüllung zu vermeiden, werden ausnahmsweise am Sonntag zwei Vorstellungen veranstaltet. Die Parole für Sonntag sollte darum heißen: Auf in die Schü-U.

* **Erhöhung der Eisenbahntarife.** Nach Informationen im Verkehrsministerium ist eine Erhöhung des Gütertarifs um 100 Prozent des jetzt geltenden Tarifs geplant, bei Einteilung der Güter in 2 Eilgut-, 2 Frachtgut- und 5 Wagenladungsklassen. Der Personentarif erfährt dagegen nur eine geringe Erhöhung. Der Tarif wird nach Zonen gestaffelt sein; je weiter die Fahrt, um so niedriger stellt sich der Kilometer-Durchschnittspreis. Eine erhebliche Verteuerung des Nahverkehrs ist entgegen anders lautenden Meldungen nicht ins Auge gefaßt, sondern es steht im Gegenteil ein besonderer Vorort- und Nahverkehrstarif in Beratung.

* **Schärfere Prüfung der Druckschen.** Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die als Drucksachen versandten Schriftstücke vielfach handschriftliche Zusätze enthalten, und demgemäß ungenügend frankiert worden sind. Die Postamtsvorsteher haben Anweisung erhalten, die im Absertigungsdienst und im Briefbestellbienst beschäftigten Beamten hierauf hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß die Drucksachen sortan in ausreichendem Maße auf unzulässige briefliche Mitteilungen geprüft werden, zumal die Postkasse durch die vielen zu Drucksachengebühr versandten Briefe einen empfindlichen Ausfall erleidet.

Halle. Die Bestätigung des kommissarischen Landrats Kaspareck für den Kreis Sangerhausen dürfte, wie die „Hufhäuser-Zeitung" meldet, aller Voraussicht nach nicht erfolgen. Seine Bemühungen an der zuständigen Stelle, noch vor dem 20. Februar bestätigt zu werden, werden trotz größten Wohlwollens seiner Vorgesetzten ohne Erfolg bleiben müssen. Denn nach § 3 der Kreisordnung, die noch immer besteht, kann die Bestätigung eines zum Landrat Vorgeschlagenen nur dann erfolgen, wenn er mindestens ein Jahr durch Grundbesitz oder Wohnsitz im Kreise ansässig ist. Und noch hat der Kreis Sangerhausen nicht das Vergnügen, Herrn Kaspereck so lange zu seinen Kreiseingesessenen zu zählen. Denn erst am 31. Mai n. J. konnte er der Bevölkerung des Kreises durch Bekanntmachung mitteilen, daß ihm auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern die Verwaltung des Landratsamtes in Sangerhausen kommissarisch übertragen worden sei.

Köthen. Hier sind auch den Schülern der oberen Klassen der höheren Lehranstalten Steuererklärungs-Formulare zugestellt worden, in denen sie für die durch Erteilung von Nachhilfestunden erzielten „Einkommen" für die Heranziehung der Umsatzsteuer angeben sollen.

Oschersleben. 24. Jan. (Falsche Zwanzigmarkscheine.) Die Verhaftung des Lithographen Ernst Meinhardt und Oschersleben erregte, weil er falsche Darlehnskassenscheine über 20 Mark anfertigte und sie durch seine Angehörigen in Verkehr setzen ließ. Die Falschscheine tragen sämtlich das Datum vom 28. Februar 1920, und es ist für den Nichtsachmann ungemein schwierig, den echten von dem falschen Scheine zu unterscheiden.

Rohr (Kr. Schlenfingen) 25. Jan. (U-Boot-Kapitän König verschollen.) Die Gutsowner Hochsee-Fischerei A.-G. gibt den Hochseedampfer „Senator Michaelis" als verschollen bekannt. Die Führung des Schiffes hatte Kapitän König. Es handelt sich um den ehemaligen Führer des ersten deutschen Unterseebandelsschiffes „Deutschland". König wurde 1868 in unserm Orte als Sohn eines Geistlichen geboren.

Altenburg, 25. Jan. (Raubüberfall.) Auf der Straße von Kürbitz nach Schlöpitz wurde der 74 Jahre alte Handarbeiter Reisemann auf Rötheritz von einem jungen Burschen überfallen und seiner Barschaft von 1500 M. beraubt. Der Greis hatte das Geld von einer hiesigen Bank abgehoben. Leider machte er den Fehler, daß er den gesamten Geldbetrag in einer Schankwirtschaft sehen ließ. Dies hatte der Täter, der dort anwesend war, wahrgenommen, der sofort den alten Mann verfolgte.

Oelsnitz. (Furchtbare Grubenkatastrophe.) Auf dem Friedensschacht der Berghauptwerkschaft erfolgte eine Schlagwetterexplosion. Von den Bergleuten sind 28 getötet, 26 zum Teil schwer verletzt worden. Die übrige Belegschaft ist geborgen.

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

vom 22. Januar 1921.

7. Der Magistrat schlägt vor, dem Kämmerer Oehlert 600 M. Verlustgeld und dem Kämmereikassen-Rendant Mischke 300 M. jährlich zu bewilligen. Stv. Schulze vertennt die Notwendigkeit der Verlustgelder nicht, glaubt aber, daß die Bürgerschaft, die die Verhältnisse nicht richtig kennt, mit der Bewilligung der Verlustgelder nicht zufrieden sein wird, zumal das Gehalt der Beamten jetzt sehr hoch ist. St. Knak teilt dem entgegen, die Gehälter in den anderen Städten sind eben so hoch wenn nicht gar noch höher. Bürgermeister Diehe bemerkt hierzu, daß die Stadtbeamten bisheben Löhne bekommen, und die städtischen Beamten lassen, ohne bestimmte Vergleiche zu ziehen, doch wohl dasselbe. Er bittet, in der Bürgerschaft aufklärend zu wirken, daß die Gehälter auf die Wochen und Monate verteilt nicht so hoch wären. Stv. Pade bemerkt, daß die Löhne und Gehälter nicht in dem Maße gestiegen seien wie die Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens.

8. Gesuch des Turnwärters um Erhöhung seiner Vergütung. Die Versammlung bewilligt dem Antragsteller Zander eine einmalige Beihilfe zu den Umzugskosten in Höhe von 120 Mark.

9. Wahl eines Ausschusses für den Rathausumbau. In den Ausschuß werden folgende Stv. gewählt: Hamann, Knak, Rudloff, Pade, Höhne, Ludley.

10. Anlegung einer Badeanstalt. Die Versammlung beschließt eine nochmalige Lokalbesichtigung.

11. Prüfung der Sparkassenrechnung 1920. Die Rechnung ist geprüft und für richtig befunden.

12. Ausbesserungen an dem Amtsgerichtsgebäude. Die Ausbesserungen werden, soweit sie von der Stadt anzuführen sind, von dieser übernommen.

13. Stv. Rudloff regt die Unterstützung des Ziegenzüchter-Vereins durch Ueberlassen einer Wiesenparzelle, vielleicht von der Bullenwiese, an. Die Landwirte erklärten, daß die Bullenwiese noch einem Neseß den Bullenhaltern zur Nutznießung überwiesen ist, vielleicht ließe aber eine andere Wiesenparzelle zur Verfügung stellen. Lebhafte Klage wird jedoch geführt, daß die dem Verein überlassenen Grabenunterhaltungen nicht gemäht sind. Durch einen Wechsel in der Bachaltung wird jedoch eine Aenderung eintreten. Da bereits ein Gesuch des Vereins vorliegt, wird die weitere Beratung eingestellt.

14. Stv. Höhne fragt wegen Abhaltung von Biehmärkten an. Bürgermeister Diehe antwortet, daß bereits bei der Regierung der Antrag gestellt ist. Nach Eingang der Genehmigung werden die Tage sofort veröffentlicht.

15. Festsetzung der Vergütung für die Magistratsmitglieder. Bürgermeister Diehe hat den Antrag gestellt, die Gebührnisse wie folgt zu erhöhen:

Beigeordneter	um 150%	auf 1625	Mark,
Dichtsenator	„ 100%	„ 1200	„
Bauinspektor	„ 100%	„ 900	„
Landwirtschaftssenator	„ 200%	„ 300	„

Bürgermeister Diehe erklärt, daß trotz dieser Vergütung das Amt immer noch ein Ehrenamt ist und keine Erwerbsquelle. Einen Gewerbetreibenden würde man bei dieser Vergütung für das Amt nicht finden, denn die damit verbundene Arbeit macht es unmöglich, daß der betreffende Beruf und Amt in ordnungsmäßiger Weise ausfüllen kann, eines würde er sicher vernachlässigen. Die jetzigen Mitglieder haben treu ihre Pflicht getan. Stv. Pade schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an. Er schlägt jedoch folgende Fassung vor:

Beigeordneter	1500 Mark
Dichtsenator	1200 „
Bauinspektor	1000 „
Landwirtschaftssenator	500 „

Bürgermeister Diehe tritt der Magistratsvergütungen mit, die in Schmiedeberg gezahlt werden, da Schmiedeberg immer als Beispiel herangezogen wird (Zuruf aus der Versammlung: In Schmiedeberg liegen die Verhältnisse anders). Hierzu bemerkt Bürgermeister Diehe, daß man sich bei Schmiedeberg immer auf Kemberg beruft. In Schmiedeberg werden seit 1. April 1920 folgende Sätze gezahlt:

Beigeordneter	2000 M.
Forstsenator	1500 M.
Bausenator	2000 M.
Armensenator	1000 M.
Elektrizitäts- und Wasserwerksenator	1500 M.

Stv. Knak erklärt, daß man sich nicht immer auf andere Städte berufen soll, es sollte in erster Linie geprüft werden, ob eine Vorlage nötig ist, oder nicht. Stv. Schulze ist mit der Vorlage einverstanden, hätte es aber sehr richtiger gefunden, wenn die Mitglieder selbst mit der Vorlage gekommen wären, es heißt immer, der Bürgermeister hätte dafür gesorgt. Stv. Damann kann sich dieser Auffassung nicht anschließen. Bürgermeister Diehe ist der Ansicht, daß die Mitglieder einen derartigen Antrag nicht stellen. Denn dann würde es wieder heißen: Erst habt ihr euch wählen lassen und nun wollt ihr bezahlt haben. Bürgermeister Diehe zieht hierauf seinen Antrag zu Gunsten des Vorschlags Pade zurück, bittet aber, diesen einstimmig anzunehmen. Das erhalte den Herren die Lust zur Arbeit, die wirklich nicht leicht sei, und es sei ein Ausdruck des Vertrauens. Stv. Höhne spricht sich für die Vorlage aus, denn der Bürgermeister muß doch wissen, ob die Vorlage berechtigt ist oder nicht. Die Versammlung bewilligt einstimmig ab 1. Januar 1921 die vom Stv. Pade vorgeschlagenen Sätze.

15. Bürgermeister Diehe teilt mit, daß das ausgeschiedenen Stv. Huhn nach der Liste Bäckermeister Thomas eintreten müßte. Derselbe lehnt einen Eintritt ab. Hierzu ist es nach der Städteordnung berechtigt. Es würde demnach Polizeiwachtmeister a. D. Wilken in das Kollegium eintreten.

Kirchliche Nachrichten.

Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr: Bibelstunde in der Propstei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192101274/fragment/page=0001

Die große Brotfrage 1921.

Wir haben gerade Sorgen genug, die begründet sind, als daß wir Anlaß hätten, sie noch durch nicht wirklich ernstige Bedenken zu vermehren, aber wir dürfen die Warnung für dieses Jahr nicht leicht nehmen. Die Reichsregierung hat einräumen müssen, daß die Mehladlieferung weit hinter derjenigen des Vorjahres zurückgeblieben ist, und die Knappheit nach Beginn des Winters unter den rechtlich geernteten Kartoffeln leider nicht selten krank gezeigt haben, eine Erscheinung, die auf das ungünstige Frühlingswetter von 1920 zurückgeführt wird, sobald der Vorgesetzt nicht so, wie es sonst der Fall gewesen wäre, durch den Verbrauch von Kartoffeln hat ersetzt werden können. Wie sich die Brotversorgung bis zur nächsten Ernte gestalten wird, ist zur Zeit noch nicht sicher; jedenfalls werden wir sehr erheblich aus dem Ausland kaufen müssen, und das ist bei dem bekannten Stande unserer Valuta ein recht teures Geschäft.

Sind die Bedenken für die Zeit bis zur neuen Ernte nicht gering, so sind sie größer für den Ertrag der neuen Ernte selbst. Sie wird nicht so ergiebig als diejenige von 1920. Denn da die Zahlungen an die Entente uns auf den Fingern brennen, können wir Düngemittel solcher Mengen wie bisher für den ausländischen Getreideanbau aufwenden. Und die freundlichen Brotkornlieferanten sind auch nicht mehr so zahlreich vorhanden, als vor 1914. Die starke russische Getreideeinfuhr nach Deutschland ist ausgeschlossen. Argentinien versagt. Der gebieterische Hauptliefernt bleibt also Nord-Amerika, dessen Ring von Spekulanten auf die meisten englischen Getreidehändler der Erde die Hand gelegt und deren Preise von den seinigen abhängig gemacht hat. Und da die Nachfrage nach Brotgetreide bisher erheblich größer war, als das Angebot, so ist bisher kaum eine Aussichtsmöglichkeit für eine nicht sehr hohe stehende Preissenkung zu erblicken. Wir müssen also aus dem deutschen Boden herauszuholen suchen, was irgend möglich ist.

Der Reichsernährungsminister Hermes hat auf der letzten Konferenz mit seinen Spezialkollegen in Dresden bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die der Streckung des Brotes dienen und der Verfütterung von Korn vorbeugen, sowie den Schleichhandel verhüten sollen. Diese Mittel sind gut gemeint und praktisch, aber nach den bisherigen Erfahrungen läuft unter den heutigen Verhältnissen in Ernährungsfragen tegenheiten alles auf Geld, auf den an die Produzenten zu zahlenden Preis hinaus. Das war bei dem Kartoffeln der Fall, das war bisher bei der Margarine, bei dem Obst usw. Und weil diesen Preisforderungen nicht immer entsprochen werden konnte, hat die Ausfuhrung der Zwangswirtschaft nicht die erwarteten Erfolge gezeitigt. Man denke an die ungeheuren Preise für Eier, die doch schon seit zwei Jahren für den Handel freigegeben sind.

Die Vermehrung des Brotkorns und die Verbesserung des Brotes wird also eine sachverständige und praktische Preisregulierung zur Voraussetzung haben, damit kein zerschmetternder Schwert geschaffen wird, wie bei den Vertragsgegnern der Kartoffeln. Zu diesem Zweck wird es nötig und nützlich sein, Gesamtkosten und Gesamteinnahmen für landwirtschaftliche Betriebe klar zu machen, damit man weiß, was sie beanspruchen und leisten können. Dann wird sich auch die ländliche Arbeiterfrage und Arbeitszeit regulieren lassen. Mit alledem werden wir zu mehr Korn und besseren und billigeren Brot gelangen.

Wm.

Die Preußenwahlen.

Ein amtliches Merkblatt für die Wähler.

Zu den Preußenwahlen am 20. Februar veröffentlicht der amtliche „Preußische Pressedienst ein Merkblatt für die Wähler, in dem es u. a. heißt: Gewählt wird am 20. Februar 1921 zum Reichstag in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein, zum Landtag in ganz Preußen, zum Provinziallandtag in ganz Preußen außer Berlin und Hohenzollern, zum Kreistag in allen Landkreisen außer Hohenzollern und denjenigen in denen die Wahlen durch besondere Anordnung des Ministers des Innern ausgesetzt sind.

In Oberschlesien sind sämtliche Wahlen ausgesetzt.

Die Wählerliste.

Wahlen kann im allgemeinen nur der Wähler, der in die Wählerliste seines Wahlbezirkes eingetragen ist. Jeder Wähler muß also feststellen, ob er in diese Wählerliste eingetragen ist; er kann diese Feststellung persönlich machen oder durch einen Vertrauensmann vornehmen lassen. Die Wählerliste liegt vom 23. Januar ab mindestens bis zum 30. Januar zu jedermanns Einsicht aus. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, insbesondere, wer glaubt, zu Unrecht nicht eingetragen zu sein, kann Einspruch erheben. Der Einspruch muß bei der Gemeindebehörde spätestens bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, in der Regel also spätestens am 30. Januar, erhoben werden. Der Einspruchserheber muß für die Richtigkeit seiner Behauptungen, soweit sie nicht offenkundig sind, Beweismittel beibringen.

Der Wahlschein.

Wo bekommt man einen Wahlschein?

Der Wähler kann im allgemeinen nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerliste er eingetragen ist. Wähler aber, die Inhaber von Wahlscheinen sind, können zum Landtag überall in Preußen, zum Reichstag überall in Ostpreußen oder Schleswig-Holstein wählen. Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen sind Wahlscheine nicht verwendbar. Der Wähler muß sich den Wahlschein selbst besorgen. Dies geschieht durch bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes zu stellenden Antrag. Ein solcher Antrag kann im allgemeinen am Tage vor der Wahl gestellt werden; nur in dringenden Gründen kann die Entgegennahme des Antrages schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltage geschlossen werden.

Wer bekommt einen Wahlschein?

Verlangen kann ein Wähler einen Wahlschein:

a) wenn er in Ausübung des Berufes oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten — dazu zählen auch Wahlangelegenheiten — am Wahltag außerhalb seines Wohnortes sich aufhält oder zu solchem Aufenthalt verlassen muß oder an ihn so spät zurückkehrt, daß er dort nicht mehr wählen kann,

b) wenn er seiner Wohnung wegen seiner Erholungsbedürftigkeit anderen Aufenthalt nehmen muß und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen,

c) wenn er nach Ablauf der Auslegungsfrist seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt, kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen; er muß seinem Antrage die Gemeindebehörde seines bisherigen Wohnortes reichen.

In allen diesen Fällen ist Voraussetzung, daß man in der Wählerliste steht. Ohne Eintragung in diese Wählerliste sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:

a) Wähler, die wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Mangels an seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen waren, wenn der Grund hierfür nachträglich weggefallen ist,

b) Militärpersonen und ehemalige Angehörige der Abrüstungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste ihren Wohnort in das Inland verlegt haben,

c) Wähler, die in die Wählerliste nicht eingetragen waren, aber nachweisen, daß sie ohne ihr Verschulden die Frist zur Einlegung des Einspruchs hiergegen versäumt haben.

Zuständig für die Ausstellung des Wahlscheines ist in allen diesen Fällen die Gemeindebehörde des Wohnortes. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheins muß auf Erfordern der Gemeindebehörde vom Antragsteller glaubhaft gemacht werden. Über seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme muß sich der Antragsteller oder Empfänger gehörig ausweisen.

Wahlrecht und Wahlpflicht.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Wähler, daß mit der Einsichtnahme in die Wählerliste und der Beantragung der Wahlscheine nicht bis zum letzten Augenblick warten, sonst kommen sie unter Umständen zu spät und müssen ihr Wahlrecht infolge dessen Gebrauch machen. Pflicht jedes Wählers ist es aber, sein Wahlrecht auszuüben!

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Aus dem Brüsseler Frage- und Antwortspiel.

Sehr interessant und eingehend ist die jetzt veröffentlichte deutsche Antwort auf die Frage 31 der Brüsseler Konferenz, die über die Gründe und den Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland Auskunft wünscht. Die deutsche Antwort führt die große Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Gründe zurück, die noch in die Kriegs- und Demobilmachungszeit hineinreichen. Sie liegen in der Hauptsache in der Stockung der deutschen Produktion, die durch den Ausbau der Kriegszeit und durch die verminderte Leistungsfähigkeit der unterernährten Arbeiter verursacht wurde. Es tritt der Forstfall wichtiger Produktionsgebiete infolge des Verfalles der Verträge und die Belastung der Ein- und Ausfuhr durch die Forderungen der Feindstaate. Die Einfuhr von Rohstoffen hat sich zwar in den letzten Monaten etwas gebessert, doch ist sie infolge der Valutaverhältnisse immer noch unbefriedigend, ferner konnte die deutsche Industrie infolge der Friedensbedingungen auf Grund des Spa-Abkommens nicht für eine weitere Ausdehnung der Produktion unthat gemacht werden.

Infolge der unmöglichen Valutaverhältnisse macht sich außerdem bei den kleineren und mittleren Betrieben ein steigender Mangel an Betriebskapital geltend, während auf der gleichen Grunde die Kaufkraft des Publikums immer mehr sinkt. Diese Notlage der deutschen Industrie begründet die große Zahl der Erwerbslosen zurückend, ja, diese Zahl müßte aus den oben angegebenen Gründen noch größer sein.

Daß dem nicht so ist, ist die Folge riesenfeindlicher Eingriffe in die Produktionsbedingungen. Infolge sozialistischer gesetzlicher Maßnahmen kürzen die Betriebe einen großen Geschäftsumgrund vor, als in Wirklichkeit erzugt wird.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen bewegte sich in den letzten Monaten um die Ziffer 400 000, die Gesamtzahl der Erwerbslosen ist schätzungsweise mindestens doppelt so hoch. Außerdem gibt es in Deutschland infolge der sogenannten „Kurzarbeit" eine große Zahl teilweiser Erwerbslosen. Infolge von Demobilmachungsverordnungen dürfen nämlich die Arbeitgeber keine Entlassungen vornehmen, wenn der Betrieb eine Verringerung der Belegschaft infolge der Verkürzung der Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer bis auf 24 Stunden in der Woche zuläßt. Die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland wird auf 2 Millionen geschätzt.

Außerdem gibt es noch eine große Anzahl Arbeitnehmer, die von ihren Unternehmern, obwohl keine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht, auf Grund freiwilligen Verpflichtungen nicht entlassen werden, sei es, daß sich der Unternehmer gute Kräfte für bessere Zeiten sichersellen will, sei es aus sozialen Gründen, sei es, daß er Schwierigkeiten mit dem Betriebsrat von Arbeitnehmern vermeiden will. Diese verschiedenen Erwerbslosigkeit läßt sich statistisch natürlich nicht erfassen.

Neue Entschädigungsverordnungen

Die Finanzsachverständigen für fünf Jahresdrittel.

In einer Sitzung am Donnerstag stimmten die alliierten Sachverständigen für die Brüsseler Finanz-

Die neuen Steuerlasten.

Eine einmalige Zuwendung des Reichs an die Länder.

Im Steuerausschuß des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth Mitteilungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgesprochenen Wünsche.

Danach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Teuerungszulagen festgestellt werden, gesetzlich festgelegt werden, daß bei Mehrausgabenungen, welche den Ländern und Gemeinden aus der reichsgesetzlichen Beamtenaufbesserung erwachsen, vom Reiche bezahlt werden sollen. Eine solche Maßnahme wäre vor allem dann, wie die Neuregelung der Verwaltungsrechtliche Regelung des Steuerwesens durch die Nationalversammlung. Die Reichsregierung verneine die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Zuwendung vom Reich gegeben werden solle, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen auszahlen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu machen, würde ins Uferlose führen.

Neue Steuern. — Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren und der Eisenbahntarife.

Jedenfalls müßte der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuerzugeständnisse machen. Vor Verabschiedung des Gesetzes über die erhöhten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge müsse man sich mit der Frage der Einführung neuer Reichseinnahmen beschäftigen; bevor das Kabinett mit seinen Beratungen darüber abschließe, könne er über die Steuerprojekte eine nähere Auskunft nicht geben. An Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern werde man kaum vorbeikommen. Ausnahme Momente stehen dabei hinein.

Ein Gesetz über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt; ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Fernsprechgebühren werde folgen. Im Hauptausschuß soll demnächst über die Erhöhung der Eisenbahntarife Mitteilung gemacht werden.

Bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz werde man sich über die Höhe der Sätze, den Lohnabzug und anderes zu unterhalten haben. Eine Fristverlängerung über den 31. Januar 1921 hinaus für die Anmeldung von Steuergeldern und Bezahlung des Reichsnotopfers könne er nicht zusagen.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Verteuerung des Personen- und Güterverkehrs.

Die bedenkliche Lage der Eisenbahnfinanzen, die noch ganz erheblich durch die letzten Gehaltserhöhungen verschlechtert worden ist, macht es leider unvermeidlich, die Kosten des heutigen Verkehrs. Abgesehen von Bielverbienern, Schiebern und Schmarotzern, ist wohl heute demand mehr ohne große wirtschaftliche Opfer in der Lage, die Kosten seiner Reise zu bestreiten. Es ist daher Tat ist bahnamtlich festgestellt worden, daß sich ganz besonders im vergangenen Jahre ein empfindlicher Verkehrsrückgang bemerkbar machte. Dieser Rückgang im Güterverkehr bleiben aber für die Deckung des großen Eisenbahndefizits die bedeutendsten Einnahmequellen, und so können wir in nächster Zeit wieder einmal mit einer Erhöhung der Tarife rechnen.

Im Personenverkehr sollen die Fahrpreise für kurze Strecken bedeutend verteuert werden, während die Preise für große Strecken eine „mäßige" erhöht werden sollen. Wenn gerade die Nahstrecken bedeutend verteuert werden sollen, ist nicht recht einzusehen; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade diese Strecken von der erwerbstätigen Bevölkerung in viel höherem Maße in Anspruch genommen werden, als die weiteren Strecken. Arbeiter und Angestellte müssen sich oft dieser kurzen Strecken bedienen, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen, und sie würden durch die neuen Absichten der Eisenbahnverwaltung ganz besonders geschädigt. Hier wäre es schon das kleinere Uebel, die Fahrpreise für große Strecken zu verteuern, die jedoch auch nicht verkannen darf, daß dies eine nicht allzu günstige Folge für den Innenhandel haben würde. Luxusreisen sollten jedenfalls schärfstens erfaßt werden; in welcher Weise, wird der Finanzminister des Reichsverkehrsministers überlassen bleiben.

Der Gütertarif soll, wie verlautet, um das Doppelte der gegenwärtigen Sätze erhöht werden. Diese Erhöhung soll sich an die im Dezember 1920 eingeleitete Reform des Gütertarifs anschließen. Die verschiedenen Güterarten und Wagenladungsklassen sollen

je nach ihrem Wert höher besteuert werden. Dadurch soll vermieden werden, daß gewisse für die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer wichtige Waren, wie z. B. künstlicher Dünger, nicht zu stark verteuert werden. Zugestanden, daß dieses Verfahren der gesunden Logik am weitesten entgegenkommt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß mit der Erhöhung des Gütertarifs unbedingt auch eine allgemeine Erhöhung der Warenpreise verbunden ist.

So gehören die Erhöhungen im Personen- und Güterverkehr auf den deutschen Reichsbahnen zu der endlosen Schraube, die Lohnerhöhungen und Bedarfsmittelverteuerungen hat zur Folge, die wieder Lohnerhöhungen bei der deutschen Volkswirtschaft, kann nur abgestellt werden durch eine vernünftigere, bedeutend sparsamere Reichsfinanzwirtschaft und durch Inangriffnahme der Arbeiten in wirtschaftlichen Fragen, in denen sie sich stets so unerbittlich zeigt.

Tü.

— Amerikanische Anteile für Deutschland? Der „Berliner Lokalanzeiger" erwähnt Verhandlungen, die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über ein Kreditabkommen zugunsten Deutschlands schweben sollen. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" hierzu erklärt, entspricht diese Nachricht verschiedenen Informationen, die schon seit einiger Zeit an den maßgebenden politischen Zentralen eingelaufen sind, nur nicht nur wirtschaftlich, sondern namentlich auch als Symptom der internationalen Lage sehr beachtet werden. In Verbindung hiermit zu stehen scheint auch die Tatsache, daß ein namhafter Teil der amerikanischen Bankkreise für Deutschland seit einiger Zeit dringend eingeladen hat, seinen Bedarf in deutscher Valuta, die sich in naher Zeit wesentlich heben werde, einzudecken.

— Mehr- und Kohlenarbeit. Es kommen, man weiß wirklich nicht, was am meisten betrieben wird. Dabei sind die landwirtschaftlichen Produkte aller Art doch andauernd so hoch im Preise, daß sich der Schleichhandel wirklich erübrigen sollte. Und in den Kohlenbezirken ist der Lohn hoch, die Arbeiter haben außerdem noch berechtigte Zuwendungen an Brennmaterial. Trotzdem sind, wie mitgeteilt, im mitteldeutschen Revier große Mengen verschwunden. Wir gebrauchen wirklich eine eigene Polizei, die durch Verhinderung solcher Streiche reichlich die Kosten wieder einbringen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192101274/fragment/page=0002

konzernz gewissen Vorhaben bezüglich des deutschen Schadenersatzes zu, die vom Obersten Rat nunmehr erwogen werden sollten. Diese Vorschläge weichen in manchen wichtigen Einzelheiten von dem ab, was in der deutschen Presse bisher als Grundlage für die Schadenersatzlösung hingestellt wurde.

Man wird Deutschland auffordern, in fünf Jahresraten je drei Milliarden Goldmark abzutragen, ohne sich bei der Festsetzung dieses Betrages für die Zukunft festzulegen. Als Strafmaßnahmen bei Nichtbezahlung der festgesetzten Summe werden Beschlagnahme von Zolleinnahmen und Kontrolle verschiedener Monopole vorgesehen.

Die Festlegung des Gesamtbetrages der deutschen Schuld wird bis zum 1. Mai 1921 verschoben werden.

Lord d'Abernon, der Vertreter Englands, bemerkte hierzu, daß die Vorschläge nicht in Uebereinstimmung mit dem Wortlaut des Friedensvertrages stünden und daher für diesen nen vorgeschlagenen Plan erst die Zustimmung der deutschen Regierung eingeholt werden müsse. Darauf wurde erklärt, daß Deutschland auch gewisse Zugeständnisse gemacht werden sollten, so werde die deutsche Regierung von der Verpflichtung, nach 300 000 Tonnen Schiffsraum abzuliefern, befreit werden.

Der deutsche Vertreter Bergmann hob wieder hervor, daß die Vorschläge für ihn nicht annehmbar seien. Die Art einer Festsetzung der Jahresraten sei vielleicht annehmbar, aber der Betrag von drei Milliarden sei, wie er immer wieder betonen müsse, zu hoch. Außerdem müsse ein Teil der Summe in Naturalien bezahlt werden dürfen. Die Verhandlungen dauern fort. —

Eine zährliche Ratenzahlung von drei Milliarden Goldmark würde fast 45 Milliarden Papiermark für sich in Anspelung der jährlichen Ausgaben des Reiches bedeuten. Im Reichshaushalt von 1920 waren bereits von den Gesamtausgaben von 56 Milliarden Mark 37 Milliarden angedeckt. Wir sollen wir dann noch 45 Milliarden zahlen können? Wie jetzt W. T. B. auch bestätigt, hat Staatssekretär Bergmann dieser Zumutung natürlich nicht zugestimmt.

Nur einer weiteren halbamtlichen Feststellung ist die Bemerkung d'Abernons, daß eine Vereinbarung über die Zahlung von fünf Jahresraten unter vorläufiger Nichtfestsetzung der Festsetzung einer Gesamtsumme als Abweichung vom Friedensvertrag der Zustimmung Deutschlands bedürfe, richtig.

Der deutsche Standpunkt

geht nach einer halbamtlichen Auslassung dahin, daß eine Verbindung der Festsetzung der Gesamtsumme und die vorläufige Fixierung von fünf Jahresraten für Deutschland ein schweres Opfer sei, wie jedoch bereit sind, auf Grund dieser Vorschläge weiter zu verhandeln. Allerdings müßten diese folgende Voraussetzungen für Deutschland unerläßliche Grundbedingungen: Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland, Sicherung der Nutzung der Kohlenlager des deutschen Eigentums im Ausland, Freiheit des deutschen Außenhandels und Nachgabe eines angemessenen Teils der deutschen Handelsflotte.

Ausland.

* Der Ausnahmezustand in Bayern bildete auch Donnerstag noch den Gegenstand der Debatte im Reichstage. Stundenlange Obstruktionsreden der Unabhängigen und Kommunisten vermochten aber die bürgerliche Mehrheit nicht umzustimmen, der Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustand durch Eingriff der Reichsregierung aufzuheben, wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Beamtenteuerungszulagen, die Gegenstand der Verhandlungen mit den Beamten, war schon zu Beginn der Sitzung in erster Lesung dem Hauptausschuß überwiesen worden. Zum Schluß der Sitzung konnte bereits die zweite Lesung vorgenommen werden. Der Entwurf wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Nur der vom Reichsrat gegen den Willen der Reichsregierung gemachte Zusatz der Erfaß der Weiterkosten an Länder und Gemeinden forderte, wurde abgelehnt. Gegen die sofortige Vornahme der 3. Lesung widersprachen die Kommunisten, sonst wären die neuen erhöhten Teuerungszulagen bereits Donnerstag Gesetz geworden.

* Berlin und Bayern. Die erste Reichsregierung im neuen Jahre hat ergeben, daß zwischen der Reichsregierung und Bayern noch immer Meinungsverschiedenheiten über die heutigen Verhältnisse bestehen, die auch nicht durch einen Hinweis auf die Reichsverfassung aus der Welt geschafft werden sind. Es hat hier wenig der Verfassung mitzusprechen, und es scheint nicht vergessen worden, daß die Bayern ihre berechtigte Eigenart haben, die nicht mit einem Schwamm vorgewischt werden kann. 1871 wurde auf Süddeutschland große Rücksicht genommen, als es sich darum handelte, das Reich in seiner Einheit zu schaffen, und wer die Augen nicht vor den Tatsachen verschließt, muß zugeben, daß auch heute ohne Rücksichtnahme auf Süddeutschland nicht obgeht, wenn die Einheit erhalten werden soll. Südlich vom Main ist es seit Jahresfrist viel ruhiger als in Norddeutschland und das spricht für die heutigen Regierungsprinzipien, nicht dagegen. Daß Süddeutschland gegen die Reichsrepublik ist, ist falsch. Das beweist seine Haltung im März 1920 während des Kapp-Putsches.

* Die schwarze Schande. Alle Proteste und Hilferufe haben bisher nichts genützt, Abhelfe an die Menschlichkeit der Franzosen haben sich, wie zu erwarten war, als zwecklos erwiesen. Im Frühjahr werden die Schwarzen, die für den Winter in wärmere Gegenden zurückgezogen worden waren, wieder im Rheinland erscheinen. Wie aus Paris gemeldet wird, werden zur Zeit in den südfranzösischen Garnisonorten diesen Regimenter Senegaltruppen aus Afrika, die bisher in Marokko und vier Divisionen bestanden, hier im Laufe des Februar und März wieder nach dem besetzten rheinischen Gebiet gesandt werden sollen. Sicherem Vernehmen nach sumsiert ein Oberleutnant Simard, der beim Pfälzischen Regiment der Fremdenlegion, bei denen zahlreiche Urkunden über das Bestehen dieser „Roten Armee" gefunden wurden.

Gerichtliches.

Der zweibeinige und der vierbeinige Hamster. Eine Entschuldigung, die zum wenigsten den Anspruch auf Originalität hat, wurde dieser Tage vor dem Arbeitsgericht in Bautzen vorgebracht. Der Bauunternehmer August Lorber hatte seinen Maurer Wilhelm Hoffmann wegen fortgesetzter Buchergerichts der Bauunternehmer August Lorber. Er war beschuldigt, 154 Pfund Mehl auf dem Wege des Schleichhandels gekauft zu haben. Nach den Angaben des Angeklagten hatten seine Kinder, als sie auf dem Lande in der Sommerfrische waren, auf Hamster (auf die vierbeinigen) Jagd gemacht. Waren sie auf einen Hamsterbau gestoßen, so wurden die Hamster selbst ausgegraben, während das in ihrem Bau aufgespeicherte Getreide von den Knaben gesammelt wurde. Dieses Getreide will L. dann zum Wiederersatz geben haben, um das daraus gewonnene Mehl für seine Kinder und Ziegen zu verwenden. Auf diese Weise hätte er durch die Ausplünderung der Hamsterbaue seine Familie reichlich zusammengebracht.

Nach der Beweisaufnahme und Zeugenvernehmung allgemeiner Heiterkeit wurde der zweibeinige Hamster trotz seiner Berufung auf die vierbeinigen Hamster zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht glaubte, daß eine solche Menge von den paar Hamsterlerchen nicht zusammengehamstert worden sein könnte.

Allerlei aus aller Welt.

* **Katastrophe vor einem Märchenvortrag.** Mittwoch nachmittag stürzte das Vorderhaus der Klettschauer Straße in Breslau ein. Märchenvorträge stattfinden, zu dem sämtliche Schulen der Odervorstadt versammelt waren. Etwa 1500 Kinder versuchten sich schon um 2 Uhr in den Vortragssaal, der im Keller der Schule lag, vorzudrängen. Eine Aufsicht war nicht anwesend. Die Kinder drängten sich in enge Kellertreppe hinab, um die besten Plätze zu erlangen. Dabei kam es zu einem furchtbaren Durcheinander, bei dem fünf Kinder getötet und etwa 20 verletzt wurden.

* **München befindet sich wieder auf sich selbst.** Zum vorigen Herbst ist in der bekannten Hausstadt zum ersten Male wieder das Oktoberfest in zeitgemäßer Form gefeiert worden, nachdem schon im Sommer vorher überall in Deutschland während der Kriegsjahre bis zu 1,60 M. pro Liter verzapft worden war. Zu diesem Winter soll nun der Karneval wieder gefeiert werden und dabei auch der altbayerische Schäfflertanz (Böttchertanz) zur Aufführung gelangen. An Zulauf wird es nicht fehlen.

* **Verhaftung französischer Werber.** Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, wurde in Heidelberg ein Tischler aus Frankfurt verhaftet, der der Werbetätigkeit für die Fremdenlegion überführt werden konnte. Ein zweiter Werber der Fremdenlegion, ein Koch aus dem Elsaß, der Verbrechen von 25 000 M. bei sich trug, wurde in der Nacht zum Sonntag in Frankfurt festgenommen.

* **Schiffsunglück in der Nordsee.** Der Kieler Schleppdampfer „Nordsee" mit zwei leeren Schiffen von Rotterdam nach Kiel bestimmt, ist bei schwerem Südweststurm auf Grog-Vogelsand bei Cuxhaven gestrandet und da ist noch ein ge anger. Der Mast und der Schornstein sind bereits umgebrochen und das Schiff wird, trotzdem es einen Tag und eine Nacht gebrochen werden, da man an das Schiff nicht gelangen konnte. Von der Besatzung des Schleppdampfers sind der Kapitän und 4 Mann ertrunken und der 65 Jahre alte Koch, der sich über 18 Stunden am oberen Teil des Schornsteins festgehalten hatte, ist gerettet worden. Von den Schuten ist nur eine geborgen.

* **Der einfache deutsche Chronerbe als preußischer Landwirt.** Der frühere deutsche Kronprinz hat in Holland einen Zeitungsmann mitgeteilt, sein ältester Sohn Prinz Wilhelm wolle Landwirt werden, und er habe nichts dagegen. Sein jüngerer Sohn Prinz Louis Ferdinand wolle Kaufmann werden, was übrigens seit der Revolution schon verschiedene Fürstensöhne geworden sind, und auch dagegen hat sein Vater nichts einzuwenden. Die Aktiengesellschaft, welche die geschäftlichen Beziehungen zwischen der früheren deutschen Kronprinzessin und ihrem Mann, tut der letztere sehr kurz und glaubhaft ab. Der Kronprinz will vorläufig in Holland bleiben, denn da könnte nicht bei seiner Rückkehr nach Deutschland mit seinem Namen politischer Mißbrauch getrieben werde. Die Kronprinzessin bleibt in Potsdam, weil sie die Erziehung ihrer Kinder überwachen können muß. Selbst ankunfen will sich der Kronprinz in Holland nicht, weil er kein Geld dazu hat. Es war schon früher mitgeteilt worden, daß die Kronprinzessin einen großen Teil ihres und ihrer Kinder Vermögens eingenommen, ihre Mutter war eine geborene russische Großfürstin, in den Wirren des moskowitischen Reiches verloren hat.

* **Ueberfälliger Fischdampfer.** Stark abgestillt ist der in der Nordsee fahrt beschäftigte Fischdampfer „Senator Michaelsen". Man hat über seinen Verbleib ernste Besorgnisse. Er ist bereits mehr als 18 Tage unterwegs.

* **Zu der „Liebesdrangsalie" des Oberprimaners** Quelle in Hannover wird gemeldet: Die neuen amtlichen Ermittlungen, insbesondere Obduktion der drei Opfer, haben neues Tatsachen zutage gefördert. Der Oberprimaner ist nicht einer Schußwunde in den Mund erlegen, sondern er ist mit Morphium vergiftet worden. Die beiden Kinder Frau Grevens sind durch Schüsse in den Kopf geschossen. Die kriminelle verrieene Ansicht, daß Quelle die Kinder der Frau erschossen hat und dann sich selbst und seinen Geliebten gerichtet hat, findet in Zweifel ziehen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß Frau Greweel die treibende Kraft, sa wohl die alleinige Täterin ist. Sie ist aus dem Krankenhause in das Gefängnis gebracht worden. Die Haftentlassung ist in Aussicht genommen stattfinden. Die Motive zu der Tat sind noch unklar. Die Greweel ist stark hysterisch und, wie es scheint, krankhaft veranlagt.

Eine Lebensfrage.

8. **Roman von Fanny Lewald.**

Vielleicht könnte Du mir ein Dutzend Handschuhe, hart vor, in dunkel mitbringen, und mir die 3. sagen, daß ich einen Herbstut in rosa und einige Hauben zurückstehen könnte. Mache haben muß. Adieu, lieber Alfred, auf baldige Nachricht. Frage doch auch wegen der Dienstschimme von den Damen wir neulich sprachen, und vergiß meiner nicht in Berlin, sondern denke an Deine treue, dich liebende Caroline."

Nachdem Sie diesen Brief sich Alfreds Stirne. Der Brief war ein so treues Bild von Carolinens unliebenswürdiger Weise, von der Unbildung ihres Geistes und Herzens, daß er ihn nicht zu Ende zu lesen vermochte. Er warf ihn verdrießlich auf den Schreibtisch, ging heftig im Zimmer umher und setzte sich dann zum Schreiben nieder, tat aufatmend wie Jemand, der an ein schweres Geschäft geht.

Er schrieb lange. Es ward spät in der Nacht, und als er gerade hatte und den Brief durchlas, fand er, daß er ihr noch so gewaltig zu brauchen wußte, daß er nicht von alle dem gesagt hatte, was er sagen wollte. Er wünschte Caroline nicht nur auf seine Ansichten, sondern auf die endgültige Scheidung vorzubereiten, die ihn nach dem Empfang ihres Briefes nur noch unerläßlicher dünkte, weil er sahle, daß zwei so verschiedene Naturen sich nie verstehen würden. Aber wo er mit sichter Schonung zu verfahren gewünscht, drängte seine Worte streng; wo er gart zu sein gestrebt, schien ihm die Wendung kränkend. An anderen Stellen fürchtete er, Caroline könne den Wunsch nach neuer Vereinigung darin angedeutet finden, die ging außer seiner Absicht lag.

Er sahte, daß er in dieser Angelegenheit seine gewohnte Klarheit nicht besitze, daß er nicht Ruhe genug habe, selbst sie zu gewinnen, ja daß er gerade an das Geschriebene wieder und seine Hoffnun. richtete sich auf den Präsidenten. Er nahm sich vor, sobald es möglich mit diesem Nachbrache zu halten, was er für Caroline tun und wie man es anfangen solle, die schwierigste Angelegenheit so gelinde als möglich zu behandeln und zu erledigen.

VIII.

Als Alfred an einem der folgenden Abende in das Zimmer des Freundes trat, fand er sie in Akten, Listen vergraben, mit einem seiner Beamten über eine Schreiberei verhandelnd. In dem strengen Ernste des Geschäftsmannes, in der schlagenden Kürze seiner Bemerkungen erkannte man den Lebemann nicht wieder, der so weltklug über die Bereitung eines Mahles, über Weine und Tafelfreuden sprach. Der Beamte benen schien aber sehr zuvorkommend zu sein und wendete sich dann mit freundlicher Begrüßung dem Freunde zu.

Dieser erkannte ihm gleich, welche Angelegenheit ihn beschäftigte, und da sie nicht so dringend war, daß sie nicht bis morgen hätte abgemacht werden können, sagte er, als ich von Hause schied, nur an eine Trennung von meiner Frau; ja, ich war in diesen Tagen schon wieder einer glücklichen Aussöhnung mit ihr gewiß, und Du kannst denken, daß ein solcher Entschluß mir hart ankommt. Ein Brief von ihr, neulich von ihr erhielt, hat mich indes in meinen Vorsätzen bestätigt. Ich fühle, daß wir uns nie verstehen werden, daß ich in dem gegenwärtigen Zustand nicht leben kann. Ich hoffe nicht auf Glück, aber ich verlange Ruhe, innere Ruhe und meine Freiheit wieder. Unsere Ehe muß gerichtlich geschieden werden. Ich kenne die Schwierigkeiten, die man dabei machen wird. Komme Du, Dich zu fragen: wie hilft man sich am leichtesten darüber fort?

Ist Deine Frau mit der Scheidung einverstanden? fragte der Präsident.

Sich, lieber Freund, da fangen die Schwierigkeiten gleich an. Du weißt es ja selbst, daß Caroline und ich katholisch sind. Nun fürchte ich, sie wird nicht in die Scheidung willigen, weniger, weil sie sich nicht so unglücklich in unserer Verbindung fühlt, als ich; zweitens, weil ihr die Trennung von Paris schwer sein wird, und endlich, weil sie nach ihren Begriffen durch die Scheidung eine Sünde begeht, ein Sakrament zerbricht.

Nicht zu vergessen, daß Du Dich mit einer Frau einen sehr entschiedenen dürftet, was Deiner Frau von den Pfaffen verboten werden möchte, ergänzte Julius mit seinem ironischen Lächeln.

Alfred beachtete die Worte nicht und fuhr fort: Ferner habe ich die Güter von meinem Großvater, dem Domherrn, ererbt, und das Testament verlangt, daß sie immer von einem der katholischen Familienglieder angetreten und von keinem Nichtkommen der Reichenbachschen Familie besessen werden, wo nicht, der Kirche zufallen sollen. Ich zweifle selbst Augenblick, daß die katholische Geistlichkeit des betreffenden Klosters, die eine Aussicht in den Besitz hofft, ihre Vorstrafe gegen mich erheben wird, wenn sich die Möglichkeit dazu eröffnet. Dasselbe kann auch von seiten eines sehr entfernten Agnaten geschehen. Ich für meinen Teil würde mich unsicher entschließen, der Frömmigkeit zu entsagen, wenn dies das einzige Mittel wäre, mich frei zu machen. Ich habe durch die Fabriken, die ich angelegt, ein selbständiges Vermögen erworben, das ich mein nennen darf, abgesehen davon, daß mir meine literarische Tätigkeit ein mäßiges Einkommen verspricht, welches ich bis jetzt nie benutzt habe. Die Frage ist nur, ob es irgendwie bedenklich ist, daß mein Fall als nächster Erbe, die Gerichtsakt anstellt, wenn ich darauf verzichte?

Das hängt ganz von den Umständen ab, nahm der Präsident, und ich würde Dich bitten, es mir zur Prüfung zu übergeben.

Ich habe es Dir zu dem Zwecke mitgebracht, hier sind die Papiere. Hast Du Muße, Dich gleich jetzt damit zu beschäftigen, so möchte ich den Bescheid bei Deiner Schwester abwarten.

Tue das, lieber Freund! sagte der Präsident, und setze sich an die Arbeit, nachdem Alfred sich bei Therese hatte melden lassen.

Er fand sie schreibend und entschuldigte sich wegen der Störung.

Es ist mir eine Freude, sagte sie, daß Sie kommen und daß es überhaupt diesen Winter recht lebhaften in unserer Hause werden soll. Sie können sich denken, daß ich einen Gast für die langen Abende meldete, und Sie scheinen ein Glück gebracht zu haben. Unser Kreis wird sich noch um eine oder gar zwei Personen vergrößern.

Und dort ist Jemand, der mich werden?

Der eine Gast wird ein junger Sternau sein.

Ein Verwandter von Ihnen? fragte Alfred.

Nein, antwortete Therese, ich kenne ihn gar nicht und darum bangt mir etwas vor dem Abenden, die er einnehmen soll. Er soll ein liebenswürdiger junger Mann, von klosem Geist, nebe sehr friedlich und von der Mutter, deren einziges Kind er ist, überschwenglich gelobt worden sein. Der verewigte Herr Vater, um ihn ins Leben einzuweisen, hat ihn angehalten, die juristische Laufbahn zu verfolgen, während des jungen Mannes Neigung ihn zum Landleben hinzog, für das der reiche Landbesitz des Vaters ihn sehr Landwirt ist, ihn zu bestimmen schien. Da hat Teophil in mancherlei Zwiefel gestürzt und eine unglückliche Liebe soll ihn in der letzten Zeit noch mehr entmutigt haben. Er soll kränklen und einen Lebensüberdruß verraten, der selbst den ruhigen Vater sehr besorgt macht. Während nun der Sohn mehr als je nach der Einsamkeit verlangt, setzt der Vater für ihn nur in angestrengter Tätigkeit Rettung, und die Mutter wünscht, daß er sich hier der Behandlung eines bedeutenden Arztes unterziehe.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192101274/fragment/page=0003

Schü=Li

Voranzeige. Sonntag, den 30. Jan.

Der gewaltige Sensationsfilm in 6 Abteilungen

Die letzte Galavorstellung des Circus Wolfson

Das Tagesgespräch der Presse — Der Film der Sensationen

Schü=Li

Brennholz=Verkauf

Verkaufe **Sonnabend, den 29. Januar, vorm. 10 Uhr**

ca. 60 m kiefern Brennholz

meistbietend gegen sofortige Bezahlung. Gute Abfuhr direkt an der Kemberger Chaussee.

Schröter, Ziegelei Meuro

Sonntag, den 30. Jan., vormittags 10 Uhr

verpachte ich auf **Tellers Plan,** Uthausener Flur

12 Morgen Reisig

gegen Barzahlung. Zugleich wird auch **Brennholz** abgegeben.

R. Stallbaum

Holzverkauf

Forstrevier Radis

Montag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr sollen im Forsthaus **Pabsthaus** nachstehende Hölzer aus dem Schlage Jagen 90, öffentlich meistbietend verkauft werden:

637 Kiefern gleich 333,25 Festmeter
36 rm kieferne Knüppel
6 rm kieferne Scheit

Anzahlung 25% im Termin.

Radis, den 17. Januar 1921

Die Forstverwaltung. Haase

Achtung! Radfahrer

Mäntel 58 Mark
Schläuche 21 Mark

empfiehlt **Otto Miebert**

Damen

gebrauchen bei Störungen sofort die Präparate mit reeller Garantie einer erfahrenen Frau. Ihre letzten Zweifel müssen schwinden, wenn Sie sich die freiwilligen, herzlichen, notariell beglaub. Dankschreiben meines Det. kostenlos gegen Rückporto kommen lassen. Wenn Sie wollen, bestellen Sie sofort in Zuversicht. Lieferung unauffällig per Nachnahme

Frau Paula Dombrowski, A 513
Berlin SW 11, Schöneberg-Str. 6

Ein wachsamer

Hofhund

zu verkaufen

Niemitzerstr. 15

Grosse Auswahl in

Briefpapier-Kassetten

Richard Arnold

Buch- u. Papierhandl.

Schweineschmalz wieder billiger

Holländ. Margarine

billiger

ff. frische Fettbückinge

neue

Fettheringe

Max Schneider

Rechtsrat

Prozeßsachen, Testamente, Kaufverträge, Gnadengesuche, Grundbucheinträge auf Eintragung und Löschung von Hypotheken, Rententeilen; Umsatzsteuer usw., Steuererklärungen.

Lehmann, Referendar a. D.

Naumanns Restaurant
Sonnabend vormittags

Prima

frische Lachsheringe

Pfund 8,— M.

Neue Fettheringe

von 1,— M. an

Oelsardinen

Dose 6,— M.

Bratheringe

Pa. frische Margarine

Pfund 13.50 M.

empfiehlt

Schneiders Fischgeschäft

Joh. M. Geisler

Maisschlempe
Mais
Leinkuchenschrot
Rapskuchenschrot
Kainit
Kali
schwefels. Ammoniak
Ia. Stückenkalk
Zementkalk
Zement
Gips
Rohrgewebe
Poröse Steine
Backofenplatten
Dachpappe

hat auf Lager

Albert Quilitzsch Nachf.

Ihre Vermählung zeigen an

Dr. med Fritz Naumann

und Frau Annemarie

geb. Strecker

Gröbzig—Reuden, im Januar 1921

Wer

deutsch denkt und deutsch fühlt

liest das beliebte Familienblatt der gebildeten Kreise, die

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen.

Täglich 2 Ausgaben.

Schnelle und umfassende Berichterstattung auf allen Gebieten. Gediegene Leitartikel. Ausgedehnter Handelsteil mit großem Kurszettel. Reichhalt. Unterhaltungsteil. Spannende Romane. Regelmäßige Berichte über Sport, Mode, Haushalt usw.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger entgegen. Der Bezugspreis beträgt einschließlich zwei landwirtschaftlichen und drei unterhaltenden Wochenbeilagen monatlich nur 8,25 Mark.

Anzeigenblatt ersten Ranges

Friseurlehrling

stellt zu Ostern ein

Max Lehmann, Friseur.

Friseurlehrling

bei freier Kost und Wohnung stellt sofort oder Ostern ein

Otto Günther,

Wittenberg — Mittelstr. 16.

Tüchtiges, ehrliches

Mädchen

nicht unter 20 Jahre alt, zum 1. Februar gesucht

Hotel-Restaurant

„Schützenhaus"

Wittenberg (Bez. Halle)

Landwirtschaftlicher Verein

Kewberg und Umgegend

Sonnabend, den 29. d. Mts., nachmittags 2 Uhr

Versammlung

im Bachmannschen Lokal

Der Vorstand.

Ein

Dienstmädchen

für sofort gesucht

Thiele, Gaditz

Jugend=Verein

Freitag, den 28. Januar, abends ½9 Uhr in der Schule

Vortrag

des Herrn Lehrer Ludwig über seine Erlebnisse in russischer Gefangenschaft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Merkwitz

Sonntag, den 30. Januar

Fastnachten

und Tanz

Montag, den 31. Januar

Vereinskränzchen

Es laden freundl. ein

Der Wirt und der Vorstand

Rotta

Sonntag, den 30. Januar, im Müllerschen Saale

Grosser Festball

Anfang 4 Uhr

: Drillmaschinen :

Pflüge — Eggen — Krimmer — Kultivatoren

Jauchepumpen : Jauchefässer

Rübenschneider, Kartoffeldämpfer, Kartoffelquetschen

Einbau-Dreschmaschinen

sowie sämtliche landwirtschaftl. Maschinen und Geräte

liefert prompt und preiswert

Aloys Schmidt, Landwirtschaftliche Maschinenbau-Anstalt

Bad Schmiedeberg — Fernsprecher 80

Militär-Verein Ateritz-Gommlo

feiert nächsten **Sonntag, den 30. Januar,** von abends 7 Uhr an im Kluge'schen Saale sein diesjähriges

Winter=Vergnügen

bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**

wozu freundlichst einladet

Der Vorstand

Redaktion, Druck und Verlag Richard Arnold in Kemberg (Bez. Halle a./Saale) — Fernsprecher Nr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-53721-192101274/fragment/page=0004